

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte 2023

Anwendung eines neuen Konzepts mit Daten des Mikrozensus



Von Dr. Julia Stoffel

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2023¹ hatte ein Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer eine Einwanderungsgeschichte. Dies bedeutet, dass rund 1,04 Millionen der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen entweder selbst seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind oder dies auf deren beide Elternteile zutrifft. Vor allem selbst eingewanderte Menschen haben häufiger keinen allgemeinbildenden Schul- bzw. berufsqualifizierenden Abschluss. Zudem beteiligen sie sich unterdurchschnittlich am Erwerbsleben und sind häufiger auf öffentliche Leistungen angewiesen als die übrige Bevölkerung.

Einwanderungsgeschichte – ein neues Konzept für Fragen zum Thema Integration

Fachkommission Integrationsfähigkeit empfiehlt neues Konzept

In ihrem Anfang 2021 vorgelegten Bericht „Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten“ empfiehlt die Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit für Fragen der Integration künftig das Konzept der „Eingewanderten und ihren (direkten) Nachkommen“ zu verwenden. Diese Definition umfasst alle Menschen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind.²

¹ Erstergebnisse.

² Vgl. Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit: Gemeinsam die Einwanderungsgeschichte gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. www.fachkommission-integrationsfaehigkeit.de/resource/blob/1786706/1880170/917bc43f62136ed26ecef8125a4c9cdf/bericht-de-artikel-data.pdf?download=1 [abgerufen am 04.07.2024]

Im Gegensatz zu dem im Mikrozensus seit 2005 angewandten Konzept des Migrationshintergrunds, ist bei dem neuen Konzept die Wanderungserfahrung ausschlaggebend und nicht mehr die Staatsangehörigkeit bei Geburt.

Einwanderungserfahrung entscheidend

Für die Erfassung und Darstellung von statistischen Daten zu Eingewanderten und ihren (direkten) Nachkommen hat das Statistische Bundesamt ein neues Konzept der Einwanderungsgeschichte entwickelt. Im Mikrozensus, dessen Ergebnisse Grundlage dieses Beitrags sind, zählen zur Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte:

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte

- Eingewanderte (erste Generation): Personen, die im Ausland geboren wurden und selbst 1950 oder später auf das heutige Gebiet Deutschlands zugezogen sind,
- Nachkommen von Eingewanderten (zweite Generation): Personen, die auf dem heutigen Gebiet Deutschlands geboren wurden

und deren beide Elternteile im Ausland geboren und seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind.

Neben der Wanderungserfahrung (die eigene bzw. die der beiden Elternteile) spielt also auch das Geburtsland (heutiges Gebiet Deutschland versus Ausland) für die Zuordnung eine Rolle.

Einteilung der übrigen Bevölkerung

Darüber hinaus lässt sich der Rest der Bevölkerung in der statistischen Berichterstattung in die folgenden zwei Gruppen einteilen:

- Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte: in Deutschland geborene Personen mit nur einem seit 1950 eingewanderten Elternteil,
- Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte: in Deutschland geborene Personen, von denen kein Elternteil (seit 1950) nach Deutschland eingewandert ist sowie im Ausland geborene Personen, die vor 1950 auf das heutige Bundesgebiet eingewandert sind.

Hinweise zur Typisierung

Per Definition und Typisierung im Mikrozensus werden im neuen Konzept der Einwanderungsgeschichte

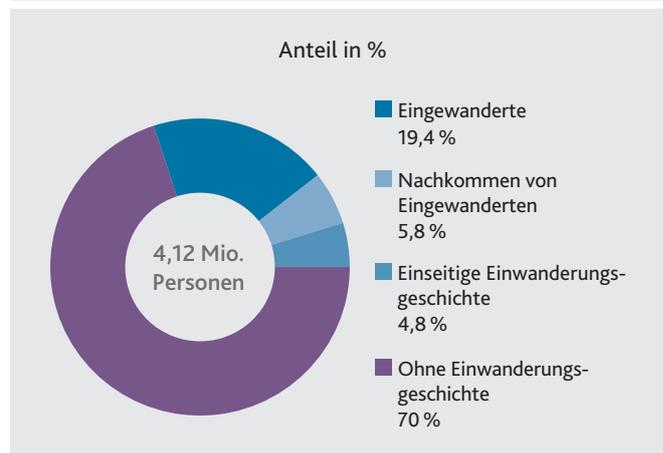
- Personen, die in Deutschland geboren wurden, vorübergehend im Ausland gelebt haben und (seit 1950) wieder nach Deutschland zurückgekehrt sind, nicht zu den Eingewanderten in der ersten Generation gezählt,
- Personen, die vor 1950 auf das heutige Staatsgebiet Deutschlands eingewandert sind, nicht den Eingewanderten und ihre Kinder nicht den Nachkommen von Eingewanderten zugeordnet,
- Personen ab der dritten Generation nicht als Nachkommen von Eingewanderten erfasst.

Gut eine Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Im Jahr 2023 lebten in Rheinland-Pfalz über eine Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte (1,04 Millionen).³ Damit zählte ein Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zu dieser Bevölkerungsgruppe (25 Prozent). Von den 1,04 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte waren 800 300 selbst seit 1950 nach Deutschland eingewandert. Die Eingewanderten in erster Generation machten somit knapp ein Fünftel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung aus (19 Prozent). Rund 238 300 Personen (5,8 Prozent der Bevölkerung) waren direkte Nachkommen dieser Eingewanderten, also in Deutschland geborene Personen, deren beide Elternteile seit 1950 eingewandert sind.

Knapp ein Fünftel der Bevölkerung eingewandert

G1 Bevölkerung 2023 nach Einwanderungsgeschichte



³ Die dargestellten Ergebnisse im vorliegenden Fachbeitrag beziehen sich auf die Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten. Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. für Geflüchtete) ist in den Ergebnissen nicht enthalten, da für Personen in Gemeinschaftsunterkünften die zur Auswertung erforderlichen Merkmale gemäß Mikrozensusgesetz (MZG) nicht erhoben werden.



Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Neben der seit 1996 integrierten europäischen Arbeitskräfteerhebung wird seit dem Erhebungsjahr 2020 auch die bisher separat durchgeführte europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen im Mikrozensus erhoben. Die Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten ist seit dem Erhebungsjahr 2021 ebenfalls Bestandteil des Mikrozensus. Durch die Integration dieser neuen Bestandteile ergeben sich viele neue Auswertungsmöglichkeiten. Der neugestaltete Mikrozensus ist jedoch auch mit methodischen Änderungen verbunden. Neben dem Fragenprogramm wurden die Konzeption der Stichprobe, sowie mit der Einführung eines Online-Fragebogens auch die Form der Datengewinnung verändert.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Bildungsstand. In vierjährigen Abständen werden zudem themenspezifische Zusatzprogramme (un-

ter anderem zum Pendlerverhalten und zur Wohnsituation der Bevölkerung) erhoben.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 20 000 Haushalte mit rund 42 000 Personen in die Erhebung einbezogen, die zum Teil zweimal pro Jahr befragt werden.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse, denen eine geringe Fallzahl zugrunde liegt (70 oder weniger), nicht veröffentlicht und Ergebnisse, denen 71 bis unter 120 Fälle zugrunde liegen, in veröffentlichten Tabellen in Klammern gesetzt.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Die Entwicklungen von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgen im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte waren bis zum Mikrozensus 2015 Fortschreibungen der Volkszählung 1987 (für die alten Bundesländer) und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (für die neuen Bundesländer). Seit 2016 basiert die Auswahl der Stichprobe auf den fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011. Darüber hinaus werden Veränderungen des Gebäudebestandes in Folge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Die aktuelle gesetzliche Grundlage des Mikrozensus ist das Mikrozensusgesetz (MZG), das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist.

70 Prozent der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte

Bei weiteren 196 300 in Deutschland Geborenen (4,8 Prozent der Bevölkerung) war nur einer der beiden Elternteile seit 1950 eingewandert. Dieser Personenkreis wird nach der hier verwendeten Definition nicht zur Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte gezählt. Das Gros der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (2,88 Millionen bzw. 70 Prozent) hatte keine Einwanderungsgeschichte, d. h. sie sind weder selbst seit 1950 eingewandert noch sind es ihre beiden oder einer der beiden Elternteile.

Einwanderung – wann, warum, woher?

Fast die Hälfte der Eingewanderten kam seit 2010 nach Deutschland

Von den im Jahr 2023 in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten der ersten Generation kam nahezu die Hälfte (49 Prozent) in den letzten 14 Jahren – insbesondere 2015 und 2022 – nach Deutschland. Gut ein Fünftel der in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten zog in den 1990er-Jahren nach Deutschland (21 Prozent). Zwischen 2000 und 2010 wanderten knapp zwölf Prozent ein, in den 1980er-Jahren 9,7 Prozent und 8,9 Prozent vor 1980.

Nach dem Hauptgrund für den Zuzug nach Deutschland befragt, gaben 45 Prozent der

insgesamt in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten familiäre Gründe an. Hierunter fallen die Familienzusammenführung sowie die Familiengründung. Am zweithäufigsten wurde Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl genannt (19 Prozent). Dieses Zuwanderungsmotiv hat seit 2010 enorm an Bedeutung gewonnen. Aber auch die Arbeitsperspektive spielt seit 2010 eine zunehmende Rolle; insgesamt war dies für 17 Prozent der Eingewanderten der wichtigste Grund für den Zuzug nach Deutschland.

Familiäre Gründe sind das Hauptmotiv der Zuwanderung

Neun Prozent der in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten wurden in Polen geboren, gefolgt von Kasachstan (8,9 Prozent) und der Russischen Föderation (acht Prozent). Weitere wichtige Herkunftsländer waren die Türkei (7,6 Prozent), Syrien (7,2 Prozent), Rumänien (6,3 Prozent) und die Ukraine (4,4 Prozent). Die in einem dieser sieben Länder geborenen Zugewanderten machten 2023 mehr als die Hälfte der Eingewanderten in Rheinland-Pfalz aus (52 Prozent).

Über die Hälfte der Eingewanderten stammt aus sieben Ländern

Die Mehrheit der in Polen geborenen Eingewanderten kamen entweder seit 2010 (33 Prozent) oder in den 1980er-Jahren (29 Prozent) nach Deutschland. Als Haupt-

Polen

T1 Eingewanderte 2023 nach Zuzugsjahr und Hauptmotiv der Zuwanderung

Zuzugsjahr	Familiäre Gründe	Flucht, Verfolgung, Vertreibung, Asyl	Arbeit/Beschäftigung	Sonstige Hauptgründe	Zusammen
	Anteil in %				
Vor 1980	4,9	(0,9)	1,9	(1,2)	8,9
1980-1989	5,5	1,4	(1,1)	1,7	9,7
1990-1999	12,2	2,8	1,5	4,6	21,1
2000-2009	6,9	/	(1,5)	2,7	11,7
2010-2023	15,6	13,3	11,2	8,5	48,7
Insgesamt	45,1	18,9	17,2	18,8	100

() Ausgabewert eingeschränkt, da Zahl aufgrund der Fallzahl statistisch unsicher / Keine Angabe, da Zahl aufgrund der geringen Fallzahl nicht sicher genug



motiv für den Zuzug nach Deutschland gaben über die Hälfte aller in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen polnischer Herkunft familiäre Gründe an (52 Prozent), gefolgt von Arbeit und Beschäftigung (24 Prozent).

Kasachstan und Russische Föderation

Die aus Kasachstan und der Russischen Föderation stammenden Mitbürgerinnen und Mitbürger wanderten überwiegend in den 1990er-Jahren ein (68 Prozent bzw. 51 Prozent). Dieses Zuwanderungsgeschehen dürfte in engem Zusammenhang mit der Auflösung der Sowjetunion stehen. Für die Menschen dieser beiden Herkunftsländer waren familiäre Gründe mit Abstand das bedeutendste Motiv für die Migration (Kasachstan: 66 Prozent, Russische Föderation: 58 Prozent).

Türkei

Die Mehrheit der in der Türkei geborenen Zuwanderer reisten entweder vor 1980 (27 Prozent) oder in den 1990er-Jahren (24 Prozent) ein. Auch das Gros der türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten gab familiäre Gründe als hauptsächliches Zuzugsmotiv an (67 Prozent).

Syrien, Rumänien

Die rheinland-pfälzischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Syrien oder Rumänien geboren wurden, kamen größtenteils seit 2010 nach Deutschland, insbesondere die Menschen aus Syrien (97 Prozent; Rumänien: 70 Prozent). Vor dem Hintergrund des syrischen Bürgerkrieges verlegten fast drei Viertel der in Syrien geborenen Zuwanderer aufgrund von Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland (71 Prozent). Aus familiären Gründen kamen 41 Prozent der aus Rumänien stammenden Eingewanderten nach Deutschland. Etwa ebenso viele Bürgerinnen und Bürger rumänischer Herkunft bewog die Aussicht auf einen (besseren) Arbeitsplatz nach Deutschland einzureisen (40 Prozent).

Die für Rumänien seit 2014 geltende volle Arbeitnehmerfreizügigkeit dürfte hierbei eine entscheidende Rolle gespielt haben.

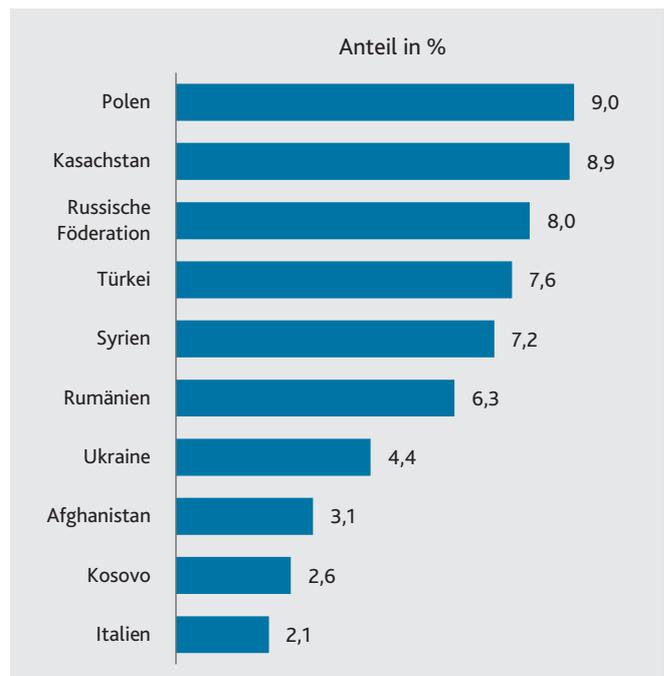
Auch die in der Ukraine geborenen Eingewanderten kamen überwiegend seit 2010 nach Deutschland (72 Prozent). Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine waren Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl für mehr als jede zweite aus der Ukraine eingewanderte Person der wichtigste Grund für den Zuzug nach Deutschland (53 Prozent).

Ukraine

Fast drei Viertel der in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten waren bei der Einreise nach Deutschland im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren (72 Prozent), gut ein Viertel war jünger als 15 Jahre (28 Prozent). Nur sehr wenige Zugewanderte hatten bereits das 65. Lebensjahr vollendet. Im Durchschnitt waren die Eingewanderten bei Einreise 24 Jahre alt.

Einreise im Schnitt mit 24 Jahren

G2 Die zehn häufigsten Geburtsländer der Eingewanderten 2023



Exkurs: Einwanderungsgeschichte vs. Migrationshintergrund – Eine Gegenüberstellung der beiden Konzepte

Im Mikrozensus wird seit 2005 das Konzept des Migrationshintergrunds umgesetzt und inzwischen auch das von der Fachkommission Integrationsfähigkeit 2021 vorgeschlagene, neue Konzept der Einwanderungsgeschichte. Während beim Migrationshintergrund die Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt der Geburt (eigene und die der Eltern) entscheidend ist, basiert die Einwanderungsgeschichte auf der Einwanderungserfahrung einer Person und ihrer Eltern. Die Staatsangehörigkeit spielt bei dem neuen Konzept keine Rolle. Darüber hinaus werden bei dem Konzept der Einwanderungsgeschichte grundsätzlich nur Einwanderungen seit 1950 betrachtet. Bei der Definition des Migrationshintergrunds spielt das Jahr 1950 als zeitliche Grenze nur dahingehend eine Rolle, um Vertriebene des Zweiten Weltkrieges (kein Migrationshintergrund) gegenüber (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler (mit

Migrationshintergrund) abzugrenzen. Außerdem wird beim Konzept des Migrationshintergrunds auch ein einseitiger Migrationshintergrund eingeschlossen, d. h. es reicht, wenn ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde, um als mit deutscher Staatsangehörigkeit geborener Nachkomme zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gezählt zu werden. Im Gegensatz hierzu müssen bei dem Konzept der Einwanderungsgeschichte beide Elternteile seit 1950 eingewandert sein, um als in Deutschland geborener Nachkomme zur Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte gerechnet zu werden. Wie wirken sich die beiden Konzepte zahlenmäßig aus? Was bedeuten die definitiven Unterschiede für die Zuordnung der einzelnen Person? Im Jahr 2023 lebten in Rheinland-Pfalz laut Mikrozensus (Erstergebnisse) rund 1,22 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, aber nur

T2 Bevölkerung¹ 2023² nach Migrationsstatus und Einwanderungsgeschichte

Einwanderungsgeschichte	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	Zusammen	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	Zusammen
	1 000			Anteil in %		
Eingewanderte	(6,1)	794,2	800,3	(0,1)	19,3	19,4
Nachkommen von Eingewanderten	20,0	218,3	238,3	0,5	5,3	5,8
Einseitige Einwanderungsgeschichte	43,0	153,4	196,3	1,0	3,7	4,8
Ohne Einwanderungsgeschichte	2 831,2	53,5	2 884,8	68,7	1,3	70,0
Insgesamt	2 900,3	1 219,3	4 119,7	70,4	29,6	100

() Ausgawert eingeschränkt, da Zahl aufgrund der Fallzahl statistisch unsicher
 1 Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten. – 2 Erstergebnisse.



1,04 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Differenz: 181 000 Personen). Zudem gab es Personen, die zwar eine Einwanderungsgeschichte hatten, aber keinen Migrationshintergrund und umgekehrt.

Wie der Tabelle 2 entnommen werden kann, wiesen im Jahr 2023 rund 207 000 Personen einen Migrationshintergrund auf, gehörten aber nicht zu den Eingewanderten und ihren direkten Nachkommen. Hierunter waren gut 153 000 Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte, d. h. Menschen, die in Deutschland geboren wurden (mit deutscher oder nicht deutscher Staatsangehörigkeit) und eines ihrer Elternteile (nicht beide) seit 1950 auf das heutige Gebiet Deutschlands eingewandert ist. Im Einzelnen umfasste diese Gruppe:

- Mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene mit einseitigem Migrationshintergrund, von denen ein Elternteil seit 1950 eingewandert ist (80 Prozent).
- Mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene mit beidseitigem Migrationshintergrund, von denen ein Elternteil seit 1950 eingewandert ist (10,4 Prozent).
- Mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene (auch Eingebürgerte und Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption erlangt haben), von denen ein Elternteil seit 1950 eingewandert ist (9,6 Prozent).

Die übrigen rund 54 000 Personen zählten – trotz Vorliegen eines Migrationshintergrunds – zur Bevölkerung ohne

Einwanderungsgeschichte. Auch in dieser Gruppe war die Mehrzahl (70 Prozent) mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene mit einseitigem Migrationshintergrund, allerdings wurden von diesen Personen beide Elternteile in Deutschland geboren oder sind vor 1950 eingewandert. Daneben umfasst diese Konstellation auch Personen mit beidseitigem Migrationshintergrund (beide Eltern mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren oder vor 1950 eingewandert) sowie mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene, deren Eltern ebenfalls in Deutschland geboren wurden (oder vor 1950 eingewandert sind) und mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Ausland Geborene, die selbst vor 1950 eingewandert sind.

Auf der anderen Seite wiesen die Ergebnisse des Mikrozensus 2023 rund 26 000 Personen aus, die bisher zwar nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählten, nun aber zu den Eingewanderten und ihren Nachkommen. Dies waren zum einen etwa 6 000 Eingewanderte, die mit deutscher Staatsangehörigkeit im Ausland geboren wurden und deren beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit auch seit Geburt besaßen. Zum anderen 20 000 Nachkommen von Eingewanderten, die mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren wurden, beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit ebenfalls von Geburt an besaßen, aber seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind.

Eingewanderte sprechen seltener zu Hause Deutsch als ihre Nachkommen

94 Prozent der Bevölkerung sprechen zu Hause (auch) Deutsch

Gut drei Viertel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung insgesamt sprach zu Hause ausschließlich Deutsch (77 Prozent). Weitere 17 Prozent waren mehrsprachig und nutzten neben Deutsch noch mindestens eine andere Sprache in den eigenen vier Wänden. Die restlichen 6,1 Prozent gaben an, zu Hause kein Deutsch zu sprechen.

Gut ein Viertel der Eingewanderten spricht zu Hause kein Deutsch

Je nach Wanderungserfahrung wurde Deutsch mehr oder weniger zur Verständigung mit Haushaltsangehörigen genutzt. Annähernd drei Viertel der Personen, die selbst eingewandert sind, kommunizierten zu Hause auf Deutsch (72 Prozent). Dabei war für 17 Prozent der Eingewanderten Deutsch die einzige Sprache zu Hause, gut die Hälfte nutzte neben Deutsch mindestens noch eine weitere Sprache (54 Prozent). Mehr als ein Viertel der eingewanderten Personen verzichtete im häuslichen Umfeld komplett auf Deutsch (28 Prozent).

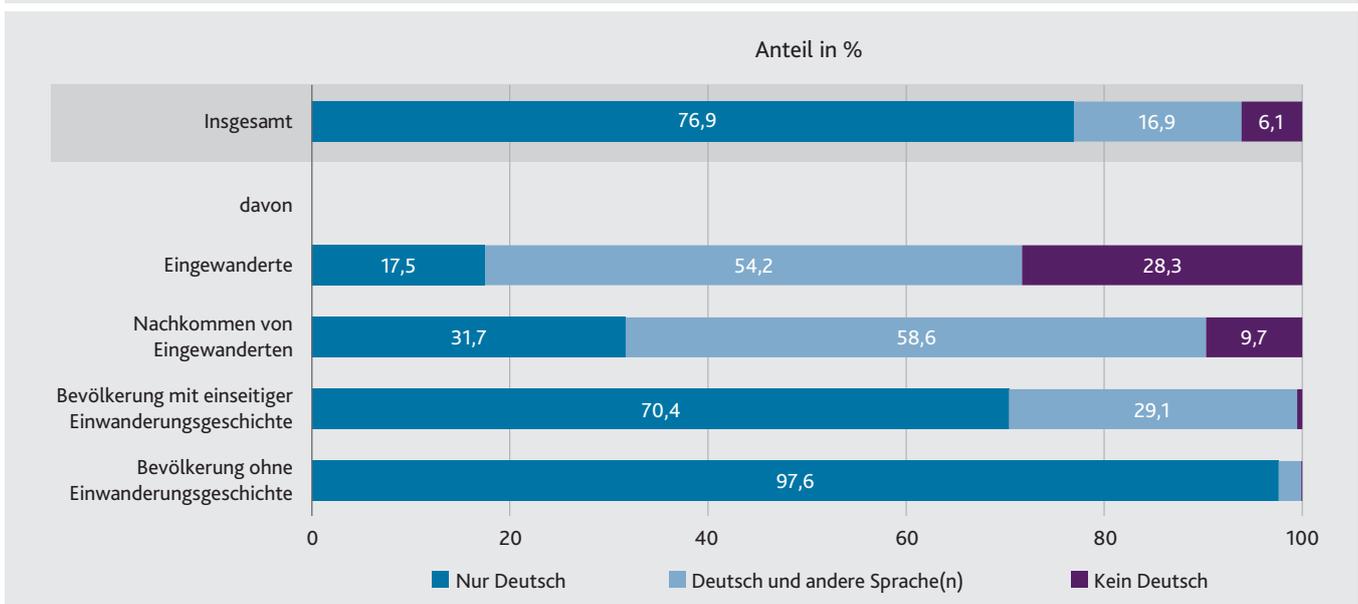
Mehr als 90 Prozent der direkten Nachkommen unterhielten sich zu Hause auf Deutsch. Nahezu ein Drittel nutzte nur Deutsch (32 Prozent), knapp 59 Prozent griffen auf mindestens eine weitere Sprache zurück. Knapp jeder zehnte Nachkomme benutzte zu Hause kein Deutsch (9,7 Prozent).

Zehn Prozent der Nachkommen sprechen zu Hause kein Deutsch

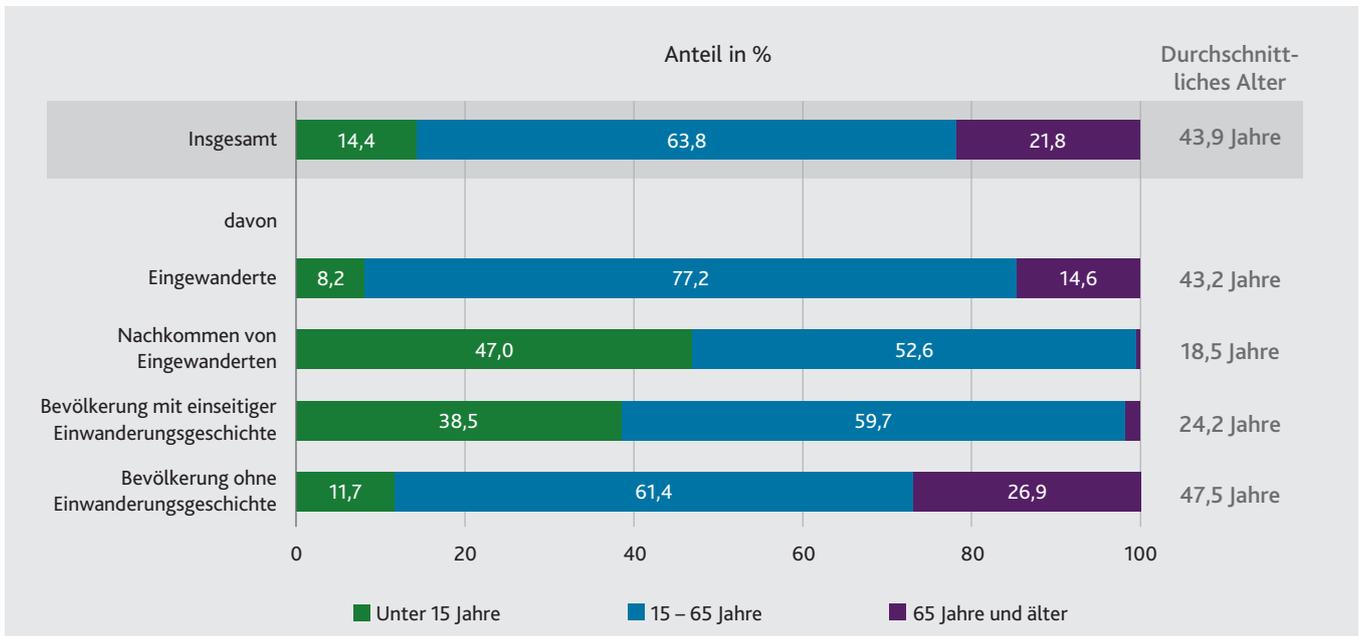
Bis auf wenige Ausnahmen verständigte sich die Bevölkerung mit einseitiger bzw. ohne Einwanderungsgeschichte mit Haushaltsangehörigen (auch) auf Deutsch. Ausschließlich auf Deutsch kommunizierten 98 (ohne Einwanderungsgeschichte) bzw. 70 Prozent (einseitige Einwanderungsgeschichte) der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, mindestens eine weitere Sprache wurde von 29 (einseitige Einwanderungsgeschichte) bzw. 2,3 Prozent (ohne Einwanderungsgeschichte) eingesetzt.

Rund 18 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer nutzten zu Hause in erster Linie eine andere Sprache als Deutsch zur Verständigung. Unter diesen Personen war Russisch mit 14 Prozent die

G3 Bevölkerung 2023 nach Einwanderungsgeschichte und zu Hause gesprochener Sprache



G4 Bevölkerung 2023 nach Einwanderungsgeschichte und Altersgruppen



Russisch ist nach Deutsch die am häufigsten gesprochene Sprache zu Hause

am häufigsten gesprochene Sprache, gefolgt von Türkisch (zwölf Prozent) und Arabisch (elf Prozent). Danach wurden Rumänisch (6,5 Prozent), Polnisch (sechs Prozent), Englisch (5,5 Prozent) und Albanisch (fünf Prozent) am meisten genannt. Während bei den Eingewanderten, die in den eigenen vier Wänden vorwiegend kein Deutsch sprachen, am häufigsten Russisch zum Einsatz kam, war es bei den Nachkommen sowie den Personen mit nur einem eingewanderten Elternteil jeweils Türkisch. Die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte unterhielt sich zu Hause am häufigsten – wenn es nicht die deutsche Sprache war – auf Englisch.

Eingewanderte Bevölkerung im Mittel so alt wie der Landesdurchschnitt

Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte ist am ältesten

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung ist im Schnitt 43,9 Jahre alt. Aufgegliedert nach den vier Gruppen Eingewanderte, Nachkommen von Eingewanderten, Bevölkerung

mit einseitiger bzw. ohne Einwanderungsgeschichte zeigte sich, dass Letztere im Mittel am ältesten war (47,5 Jahre). Das Durchschnittsalter der Eingewanderten der ersten Generation (43,2 Jahre) entsprach etwa dem landesweiten Mittelwert. Deutlich jünger waren die Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte (24,2 Jahre) sowie die direkten Nachkommen der Eingewanderten (18,5 Jahre).

Die großen Unterschiede im Durchschnittsalter beruhen auf der unterschiedlich starken Besetzung der einzelnen Altersklassen bzw. -jahre. So waren 47 Prozent der Nachkommen von Eingewanderten und 39 Prozent der Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte jünger als 15 Jahre. Bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte traf dies lediglich auf zwölf und bei den Eingewanderten sogar nur auf 8,2 Prozent zu. Dagegen war der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre)

15 Prozent der Eingewanderten 65 Jahre oder älter

unter den Eingewanderten mit Abstand am höchsten (77 Prozent), gefolgt von der Bevölkerung ohne (61 Prozent) respektive mit einseitiger Einwanderungsgeschichte (60 Prozent). Von den Nachkommen der Eingewanderten befand sich etwas mehr als jede bzw. jeder Zweite im erwerbsfähigen Alter (53 Prozent). In der Folge bedeutet dies, dass jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer ohne Einwanderungsgeschichte (27 Prozent) und 15 Prozent der Eingewanderten bereits das 65. Lebensjahr vollendet hatte. Unter den Nachkommen und denjenigen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte waren nur wenige Personen 65 Jahre oder älter.

Alter ist wichtige Determinante

Das Alter ist eine wichtige Determinante in Bezug auf weitere soziodemografische Merkmale wie z. B. Familienstand, Schulbildung, Erwerbstätigkeit oder Einkommen, die sich wiederum gegenseitig beeinflussen. Die unterschiedliche Altersstruktur muss daher bei der Interpretation bzw. bei Vergleichen der vier Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden.

Eingewanderte häufiger ohne Abschluss

Die schulische und berufliche Qualifikation können sich bedeutend auf die (späteren) Erwerbs-, Berufs-, Einkommens- und Lebenschancen auswirken. Je besser die Qualifikation, desto höher dürfte die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt sein und damit die Möglichkeit, Erwerbseinkommen zu erzielen. Ebenso können sich Unterschiede in der Qualifikation auf die Höhe des Erwerbseinkommens auswirken.

17 Prozent der Eingewanderten ohne Schulabschluss

Bei der Erhebung im Jahr 2023 gaben 5,2 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren an, keinen allgemeinbildenden Schulabschluss zu besit-

zen.⁴ Hierbei fällt auf, dass insbesondere den Eingewanderten ein Schulabschluss fehlte (17 Prozent). Von den Menschen ohne Einwanderungsgeschichte besaßen hingegen nur 1,8 Prozent keinen allgemeinbildenden Schulabschluss.

Personen, bei denen nur ein Elternteil eingewandert ist, verfügten – relativ betrachtet – deutlich öfter über einen höheren Schulabschluss als der Rest der Bevölkerung. Der Anteil derer mit Fachhochschulreife oder Abitur belief sich bei dieser Personengruppe auf 45 Prozent gegenüber jeweils 35 Prozent bei den Eingewanderten und deren Nachkommen bzw. 36 Prozent bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte.

Personen mit einem eingewanderten Elternteil am häufigsten mit höherem Schulabschluss

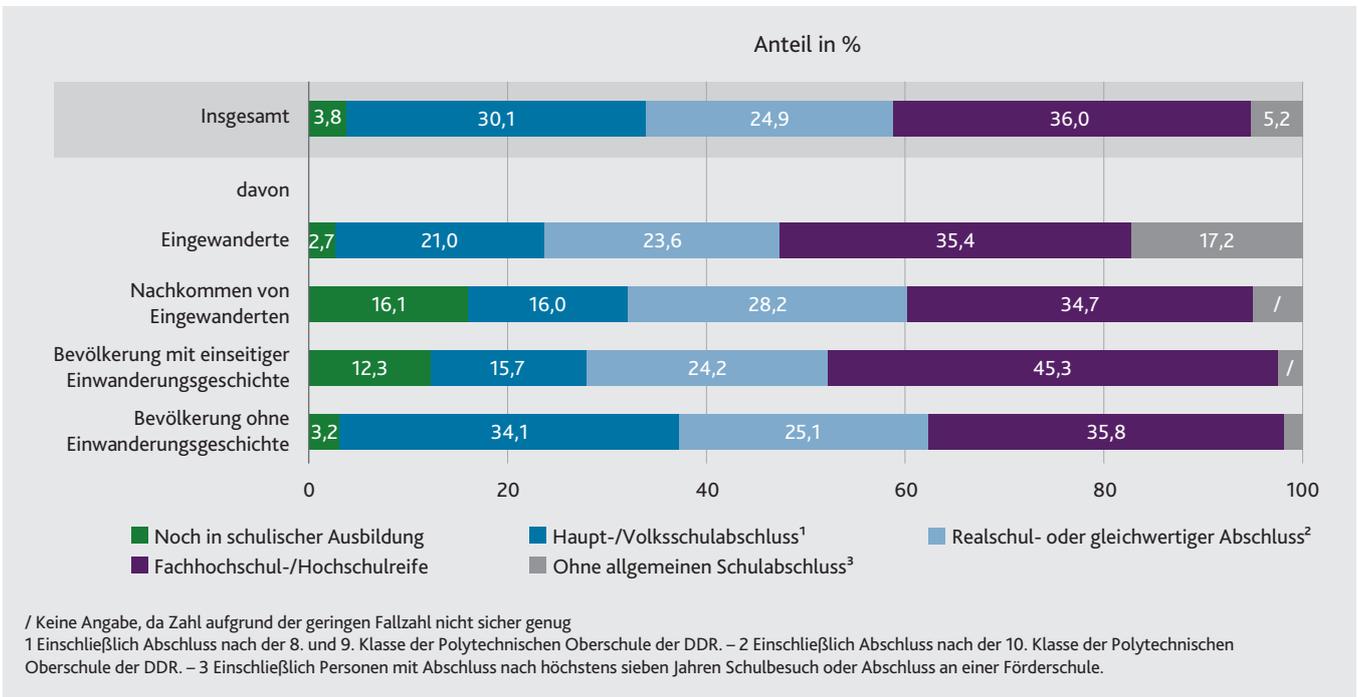
Aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur verwundert es nicht, dass ein wesentlich größerer Anteil der Nachkommen von Eingewanderten (16 Prozent) sowie der Menschen mit nur einem eingewanderten Elternteil (zwölf Prozent) sich noch in schulischer Ausbildung befindet (Bevölkerung insgesamt: 3,8 Prozent).

Auch mit Blick auf die berufliche Qualifikation konnten Eingewanderte weitaus seltener einen Abschluss vorweisen. Im Jahr 2023 besaßen 47 Prozent der Eingewanderten keinen beruflichen Abschluss und befanden sich weder in schulischer noch beruflicher Ausbildung. Von der jüngsten hier betrachteten Bevölkerungsgruppe, nämlich den Nachkommen von Eingewanderten, war gut ein Fünftel ohne beruflichen Abschluss und nicht in Ausbildung (22 Prozent). Das war der zweithöchste Anteilswert unter den vier betrachteten Bevölkerungsgruppen (Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte: 17 Pro-

Fast die Hälfte der Eingewanderten ohne beruflichen Abschluss

⁴ Im Abschnitt zur schulischen und beruflichen Bildung werden nur Personen ab 15 Jahren betrachtet.

G5 Bevölkerung ab 15 Jahren 2023 nach Einwanderungsgeschichte und höchstem allgemeinen Schulabschluss



zent, Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte: 14 Prozent).

Kaum Unterschiede bei akademischen Abschlüssen

Die akademischen Abschlüsse betreffend lagen die einzelnen Personengruppen – mit Ausnahme der Nachkommen – etwa gleichauf. So konnten 18 Prozent der Eingewanderten und jeweils 19 Prozent der Menschen mit einseitiger bzw. ohne Einwanderungsgeschichte einen Abschluss als Bachelor oder Master, ein Diplom oder eine Promotion vorweisen. Bei den Nachkommen von Eingewanderten traf dies auf zwölf Prozent zu.

Geringere Beteiligung am Erwerbsleben von eingewanderten Menschen

Niedrigere Erwerbstätigenquote

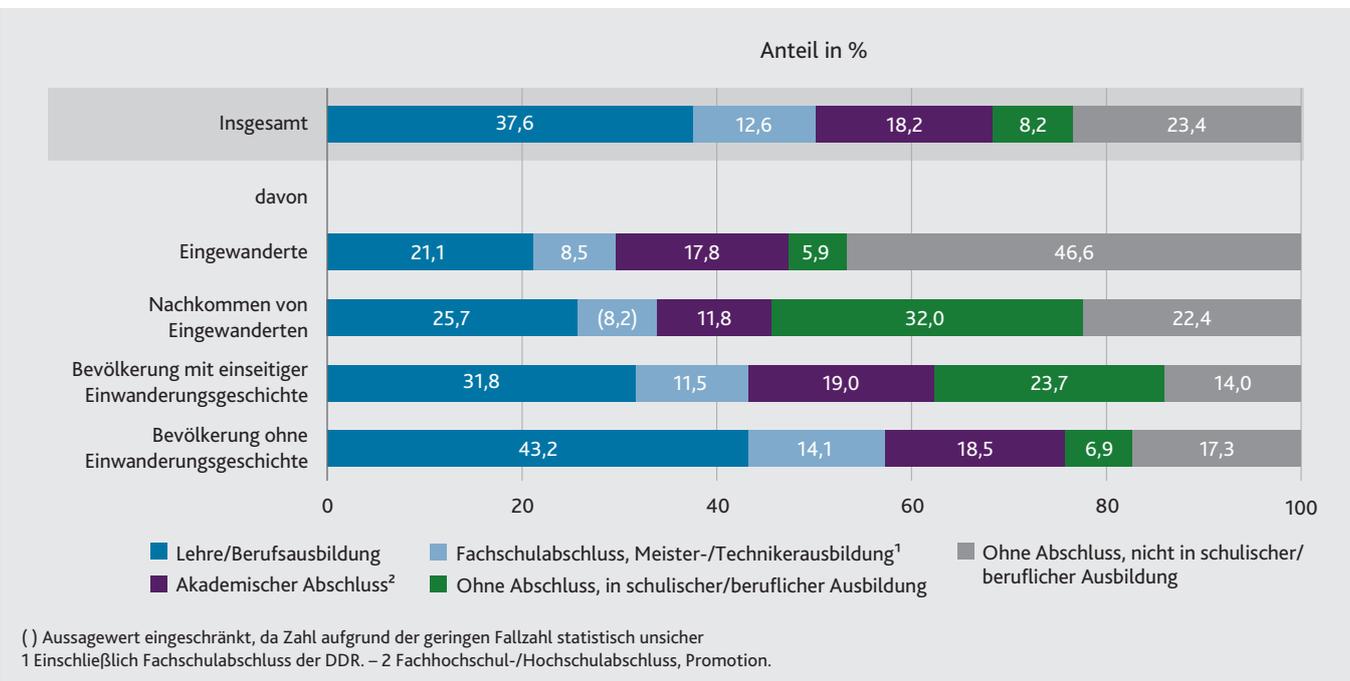
Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den vier Bevölkerungsgruppen. Dies zeigt sich z. B. an der Erwerbstätigenquote, die in Rheinland-Pfalz 2023 für die Menschen ohne

Einwanderungsgeschichte im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit 81 Prozent bedeutend höher ausfiel als für die eingewanderten Bürgerinnen und Bürger der gleichen Altersgruppe (70 Prozent). Noch etwas niedriger war die entsprechende Erwerbstätigenquote der Nachkommen von Eingewanderten (67 Prozent). Für Personen mit nur einem eingewanderten Elternteil belief sich die Quote auf 75 Prozent.

Eingewanderte im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren zudem häufiger erwerbslos als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. Die Erwerbslosenquote der Eingewanderten (5,5 Prozent) war etwa zweieinhalbmal so hoch wie die der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte (2,1 Prozent). Dies ist ein Indiz dafür, dass die eingewanderte Bevölkerung schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt hat als die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte.

Höhere Erwerbslosenquote

G6 Bevölkerung ab 15 Jahren 2023 nach Einwanderungsgeschichte und beruflichem Bildungsabschluss



Mehr Nichterwerbspersonen

Gut ein Viertel der Eingewanderten im erwerbsfähigen Alter zählte zu den Nichterwerbspersonen (26 Prozent). Hierbei handelte es sich größtenteils um Personen, die keine Arbeit suchen, weil sie sich in Ausbildung befinden oder ihre Rolle im Haushalt und in der Familie sehen. Bei den Alterskolleginnen und -kollegen ohne Einwanderungsgeschichte lag dieser Anteil bei 17 Prozent und war damit deutlich niedriger. Von den Nachkommen im erwerbsfähigen Alter zählten drei von zehn zu den Nichterwerbspersonen (30 Prozent), 22 Prozent waren es bei den Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte.

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte bei niedrigen Einkommensklassen überrepräsentiert

Ein niedrigeres schulisches und berufliches Bildungsniveau sowie eine geringere Betei-

ligung am Erwerbsleben können letztlich zu einem geringeren Einkommen bzw. zu einer höheren Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen führen.

Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Einwanderungsgeschichte erzielten 2023 tendenziell geringere Einkommen. Während – nach eigenen Angaben – 15 Prozent der Eingewanderten und 25 Prozent der Nachkommen von Eingewanderten monatlich weniger als 500 Euro netto mit nach Hause brachten, waren es zwölf respektive 7,4 Prozent der Menschen mit einseitiger bzw. ohne Einwanderungsgeschichte.

Weiterhin mussten 19 Prozent der eingewanderten Bürgerinnen und Bürger mit 500 bis 1000 Euro monatlich auskommen im Gegensatz zu 13 Prozent der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte (Nachkommen und Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte jeweils rund

Mehr als ein Drittel der Eingewanderten und ihrer Nachkommen verdient weniger als 1 000 Euro netto im Monat

Verhältnis dreht sich bei höheren Einkommensklassen



Höhe des Einkommens von verschiedenen Faktoren abhängig

17 Prozent). Bei höheren Einkommensklassen kehrt sich das Verhältnis um: So verfügten knapp 29 bzw. gut 27 Prozent der Personen ohne respektive mit einseitiger Einwanderungsgeschichte über ein persönliches monatliches Nettoeinkommen in Höhe von 2 500 Euro oder mehr gegenüber 18 Prozent der Eingewanderten und 20 Prozent der Nachkommen von Eingewanderten. Neben der beruflichen Qualifikation wirken sich auch weitere Faktoren, wie beispielsweise die

Berufswahl oder die Berufserfahrung, auf die Höhe des erzielten Erwerbseinkommens aus.

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte häufiger auf öffentliche Leistungen angewiesen

Die eigene Erwerbstätigkeit ist die wichtigste Quelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts. Im Jahr 2023 bestritten 45 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ihren

Beteiligung am Erwerbsleben

Nach dem – im Mikrozensus angewandten – Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen.

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmer/-innen einschließlich Soldatinnen und Soldaten), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitglieds mitarbeiten, ohne dafür Lohn und Gehalt zu beziehen. Daneben gelten auch Personen als erwerbstätig, die vorübergehend nicht arbeiten, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. wegen Urlaub oder Krankheit).

Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen

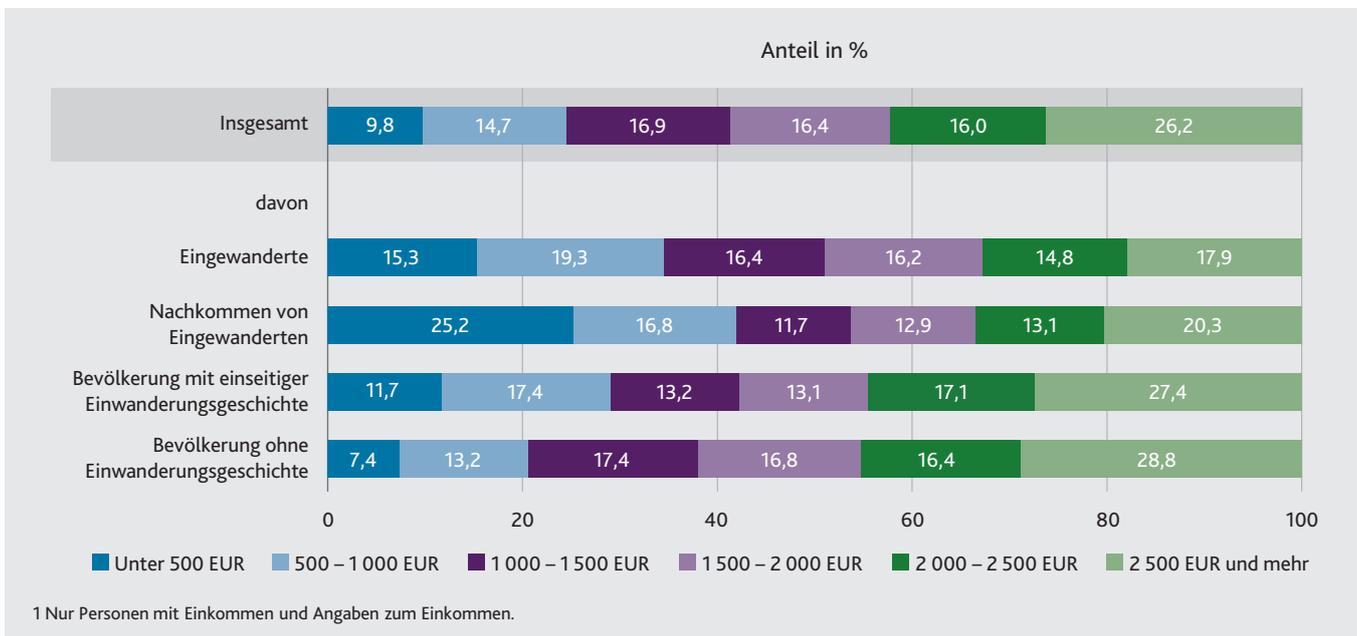
aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass das Verfügbarkeitskriterium bei den veröffentlichten Erwerbslosenzahlen der Mikrozensusdaten erst ab 2005 berücksichtigt wird.

Nichterwerbspersonen sind Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind. Es handelt sich um Personen, die keine – auch keine geringfügig – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Personen unter 15 Jahren zählen grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

Die **Erwerbstätigenquote** ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre).

Die **Erwerbslosenquote** gibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an.

G7 Bevölkerung¹ 2023 nach Einwanderungsgeschichte und persönlichem monatlichen Nettoeinkommen



Knapp die Hälfte der Eingewanderten lebt von eigener Erwerbstätigkeit

Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit. Hierbei war der Anteil unter den Eingewanderten mit 49 Prozent am höchsten, für die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte belief sich der entsprechende Wert auf 46 Prozent. Die „jüngeren“ Bevölkerungsgruppen lebten zu 39 Prozent (Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte) bzw. 30 Prozent (Nachkommen von Eingewanderten) überwiegend von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit.

Mit 58 bzw. 51 Prozent bezogen relativ mehr Nachkommen von Eingewanderten bzw. Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte die Mittel für ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus Einkünften von Angehörigen (zum Beispiel von Eltern, Partnerin oder Partner). Für die Eingewanderten und die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte waren entsprechende Anteilswerte von 19 bzw. 21 Prozent zu konstatieren. Die großen Unterschiede in der finanziellen Abhängigkeit von

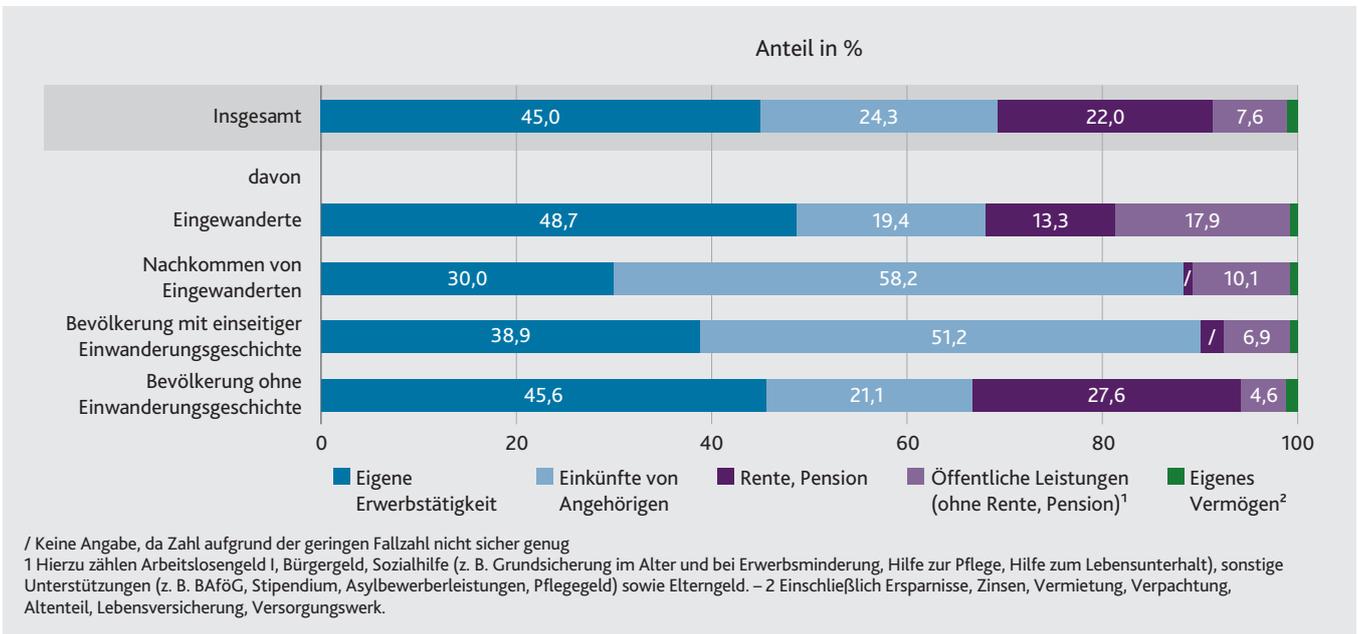
Angehörigen dürften zumindest teilweise in den unterschiedlichen Altersstrukturen der vier betrachteten Bevölkerungsgruppen begründet liegen. Es verwundert nicht, dass insbesondere Kinder vorwiegend von den Einkünften ihrer Eltern abhängig sind.

Ebenfalls aufgrund der jüngeren Altersstruktur spielten Rente und Pension als Unterhaltsquelle bei den Nachkommen von Eingewanderten sowie den Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte kaum eine Rolle. Demgegenüber bestritten 28 Prozent der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte und 13 Prozent der Eingewanderten ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer Rente oder Pension, für deren Auszahlung zumeist eine frühere Erwerbstätigkeit sowie ein bestimmtes Alter Voraussetzung sind.

Arbeitslosengeld I, Transferleistungen, wie beispielsweise das Bürgergeld oder die Sozialhilfe, sowie sonstige Formen öffentlicher Leistungen (ohne Renten und Pensionen)

Eingewanderte mit geringerem Anteil an Rentenbeziehern

G8 Bevölkerung 2023 nach Einwanderungsgeschichte und überwiegendem Lebensunterhalt



Eingewanderte und ihre Nachkommen häufiger von öffentlichen Leistungen abhängig

wurden weitaus häufiger von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Anspruch genommen. Im Jahr 2023 gaben 18 Prozent der Eingewanderten bzw. zehn Prozent ihrer Nachkommen an, überwiegend aus diesen Quellen die notwendigen Mittel für ihren Lebensunterhalt zu beziehen. Der entsprechende Anteilswert belief sich bei den Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte auf 6,9 Prozent und bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte auf 4,6 Prozent.

Fazit

Im Jahr 2023 lebten in Rheinland-Pfalz 1,04 Millionen Menschen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind. Der Anteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte

belief sich damit auf ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Vor allem selbst Eingewanderte besaßen seltener einen allgemeinbildenden Schul- oder einen berufsqualifizierenden Abschluss, waren eher erwerbslos und häufiger auf öffentliche Leistungen angewiesen als die übrige Bevölkerung. Allerdings sind die Eingewanderten – sowie auch ihre direkten Nachkommen – in sich vergleichsweise heterogen, sodass eine Beurteilung ihrer allgemeinen Lebenschancen nicht pauschal, sondern unter Zuhilfenahme einer detaillierten Analyse, erfolgen sollte.

Dr. Julia Stoffel ist Referentin im Referat „Private Haushalte“.